

Viel Reichtum, wenig (um-)Verteilung Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?

01.11.2016, Hannover

In keinem Land der Eurozone ist die Vermögensungleichheit größer als in Deutschland: Die oberen 10 Prozent der deutschen Haushalte verfügen derzeit über ca. 60 Prozent des Vermögens, während die unteren 50 Prozent nur etwa 2,5 Prozent der Vermögen besitzen. Diese Zahlen machen deutlich, dass sich das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich in Deutschland deutlich vergrößert hat. Damit wächst gleichzeitig auch die soziale Ungleichheit.

Um diese Thematik näher zu betrachten und zu diskutieren lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 1. November zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Viel Reichtum, wenig (um-)Verteilung - Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?“ nach Hannover ein.

Nach den einleitenden Worten von Urban Überschär, folgte eine inhaltliche Einführung in die Thematik durch Matthias Miersch MdB. Dabei erläuterte er die Problematik rund um das Thema der Ungleichheit in Deutschland und zeigte mögliche Wege zur Umverteilung, z.B. durch Steuern, auf.

Nach dieser inhaltlichen Einführung durch Matthias Miersch MdB eröffnete die Moderatorin Cosima Schmitt die Podiumsdiskussion. Neben Matthias Miersch MdB diskutierten auch die Autorin Julia Friedrichs, die Wissenschaftlerin Anita Tiefensee und der Referent des Paritätischen Gesamtverbandes Christian Woltering mit.



Matthias Miersch MdB



**v.l.n.r.: Christian Woltering, Anita Tiefensee,
Cosima Schmitt, Julia Friedrichs, Matthias Miersch
MdB**

Zu Beginn der Podiumsdiskussion gab Anita Tiefensee eine Einschätzung aus wissenschaftlicher Perspektive über die aktuellen statistischen Zahlen zu Armut und Reichtum. Dabei erklärte sie, wie diese zu Stande kommen, und wie diese zu bewerten seien.

„Was bedeutet Armut für die Betroffenen? Es bedeutet, die ständige Angst, die eigene Existenz nicht sichern zu können“
Christian Woltering

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung gingen sowohl Julia Friedrichs als auch Christian Woltering darauf ein, inwiefern Armut bzw. Reichtum die Persönlichkeit eines Menschen verändert.

Matthias Miersch MdB und Julia Friedrichs kritisierten gleichermaßen, dass es keine Daten über das Vermögen in Deutschland gäbe. Beide forderten, dass es in Zukunft Pflicht werden sollte, die Summe des eigenen Vermögens offen zu legen.

Miersch ging im Folgenden darauf ein, welche Auswirkungen die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der aktuellen sozialen Ungerechtigkeit seiner Meinung haben kann: Das Erstarken Rechtspopulistischer Parteien wie zum Beispiel die Alternative für Deutschland (AfD). So würden sich die Menschen, die sich vom System abgehängt fühlen, eher zu extremen politischen Richtungen neigen, da sie auf eine Verbesserung ihrer aktuellen Lage hoffen.

„Somit ist die finanzielle Ungleichverteilung auch eine Gefahr für unsere Demokratie.“

Matthias Miersch MdB

Wenn es den etablierten Parteien gelingen sollte, die soziale Ungerechtigkeit zu minimieren, so Miersch, dann könnten auch die Wahlergebnisse für die AfD wieder sinken.

Der Abgeordnete ging darüber hinaus auch auf das deutsche Bildungssystem ein. Dies müsse seiner Meinung nach weiter ausgebaut werden, um die Chancengerechtigkeit zu stärken, und so die Verteilung von Arm und Reich in Deutschland zu verringern. Dazu müsse man die Klassifizierung der Schülerinnen und Schüler in die verschiedenen Schulformen aufweichen und weitere Maßnahmen einführen, um auch Kindern aus Nichtakademiker_innen-Haushalten den Besuch eines Gymnasiums zu ermöglichen.

Dieser Aussage stimmte auch Anita Tiefensee zu: Eine Veränderung der aktuellen finanziellen Ungleichheit könnte es nur mit Hilfe eines gerechteren Bildungssystems und der Einführung der Erbschaftssteuer geben.

Auch Julia Friedrichs sprach sich für die Erbschaftssteuer aus.

„Erben hat weniger mit Leistung, als Vielmehr einfach nur mit Glück zu tun.“

Anita Tiefensee

Aus dem Publikum wurde daraufhin die Frage gestellt, warum in Deutschland das Vermögen nicht offen gelegt werden müsse. Ein weiterer Wortbeitrag aus dem Publikum fragte nach der Verwendung für das Geld, dass aus einer möglichen Erbschafts- oder Einkommenssteuer gewonnen werden würde.



Das Publikum im Künstlerhaus Hannover